

„Stunde der Wahrheit“ für die Wirtschaftspolitik - Deutsche Wirtschaft 1987/88

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, Chefredakteur der DGB-Funktionarszeitschrift „Die Quelle“, schreibt alljährlich seit mehr als 25 Jahren für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zur aktuellen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik.

Als vor einem Jahr der jährliche Bericht zur Wirtschaftslage für diese Zeitschrift geschrieben wurde, war Bundestagswahlkampf. „Weiter so“ war die Parole der führenden konservativen Regierungspartei. Mit dem gleichen Slogan warben auch die Metall-Arbeitgeber für die alte - und neue - Regierungskoalition. So ungeniert wie vor einem Jahr hatten Wirtschaftsverbände und Unternehmen noch nie zuvor in der Bundesrepublik Wahlwerbung für „ihre“ Regierung betrieben. Optimismus in die Zukunft wurde verkündet. Die

Bundesbank lobte den „längsten Wirtschaftsaufschwung in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ und sagte - entgegen den objektiven Daten - eine „unverminderte“ Fortsetzung des Aufschwungs voraus. Folgte man den Worten des Bundeskanzlers Helmut Kohl, dann schien auf unser Volk dank der Politik der Bundesregierung die Sonne. Die Schattenseiten wurden verdrängt, ebenso die Beobachtung, daß am Horizont dunkle Wolken aufzogen und daß die konservative Koalition nichts unternahm, um die Menschen soweit wie möglich vor neuen Stürmen zu schützen. „Vor uns die guten Jahre“ überschrieb das (Unternehmer-)Institut der Wirtschaft seine Prognose.

Die Wähler wurden über die wirkliche Wirtschaftslage getäuscht. Die konservative Koalition erhielt eine Mehrheit der Wählerstimmen. Aber schon rasch nach der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 kam die Wahrheit an den Tag. Die Wahl war kaum vorbei, da wurden - sogar von der Bundesbank - die Voraussagen für 1987 nach unten korrigiert. Inzwischen ist das Jahr vergangen, und viele damalige Wähler der Koalition, selbst so mancher Koalitionsabgeordneter, werden erkannt haben, daß es „so“ eben nicht „weitergehen“ kann. Viele prominente Manager und Bankiers sind öffentlich auf Distanz zu „ihrer“ Regierung gegangen. Sie beklagen Dilettantismus, Unbeweglichkeit und Führungslosigkeit der Bonner Wirtschaftspolitik. „Es fehlt an überzeugenden Konzepten in nahezu allen großen Problembereichen“, stellte der Chef der Commerzbank Walter Seipp enttäuscht fest. Diese Meinung ist unter Unternehmern heute weit verbreitet. Und der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Tyll Necker kritisierte, die Bundesregierung sei gefangen in den „Parolen von gestern“. Mit diesen „Parolen von gestern“ - die allerdings zum Wahlerfolg der konservativen Koalition wesentlich beigetragen haben - lassen sich wirklich nicht die riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten von heute lösen.

Die wichtigsten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Tätigkeit im Jahre 1987 sind noch schlechter als die ungünstigste vor einem Jahr veröffentlichte Prognose, die des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).¹ Als richtig hat sich allerdings die damalige DIW-Voraussage eines realen Wirtschaftswachstums von 1,5 Prozent erwiesen. Richtig war auch die Erwartung einer Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen um rund vier Prozent. Dagegen war die Annahme, daß die realen Bauinvestitionen 1987 um drei bis vier Prozent größer sein werden als 1986 - dies übereinstimmend mit fast allen anderen Konjunkturbeobachtern - zu optimistisch. Tatsächlich waren die Bauinvestitionen 1987 im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Prozent niedriger. Als falsch erwies sich die Prognose der Bundesregierung in ihrem Mitte Januar 1987 veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht, die Wirtschaft würde 1987 um „2,5 Prozent oder mehr“ wachsen.

¹ Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 8.1.1987. Siehe auch den Bericht zur Lage der deutschen Wirtschaft 1986/87 in Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1987, S. 49 ff.

2,235 Millionen Arbeitslose

In allen Voraussagen wurde die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt falsch eingeschätzt; es wurde eine, wenn auch nur geringe, Abnahme der Arbeitslosenzahl angenommen. Selbst das DIW schrieb Anfang Januar 1987: „Unter günstigen Annahmen wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt um 50 000 sinken und dann 2,18 Millionen betragen.“ Tatsächlich war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen 1987 im Jahresdurchschnitt mit 2,235 Millionen um 7 000 höher als 1986. Der Anstieg wäre noch um etwa 40 000 Personen größer gewesen, wenn nicht die Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nochmals ausgeweitet worden wären.²

Zugleich nahm allerdings auch die Zahl der Beschäftigten im abgelaufenen Jahr zu. Die Gleichzeitigkeit von steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Beschäftigtenzahl hängt mit zweierlei zusammen: Einmal drängen immer noch Schulabgänger] ahrgänge auf den Arbeitsmarkt, die überdurchschnittlich stark sind. Zum anderen nimmt die Neigung der - insbesondere älteren - Frauen, (wieder) berufstätig zu sein, weiter zu; sie gehören zu der „stillen Arbeitsmarktreserve“, die vom Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit auf rund 1,2 Millionen Personen geschätzt wird. Die Erfassung der Beschäftigtenzahl ist „mit überdurchschnittlich großen statistischen Unsicherheiten behaftet“, worauf die Forscher des DIW hinweisen. Deshalb ist beim Bewerten der Beschäftigtenzahlen, vor allem der Veränderungen von Jahr zu Jahr, Vorsicht geboten. Die Schätzungen über die Zunahme der Beschäftigtenzahl im Jahre 1987 gehen erheblich auseinander. Sie dürfte im Jahresdurchschnitt zwischen 110 000 und 150 000 Personen betragen haben.

Wieder steigende Arbeitslosenzahlen

Für die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt sind indessen folgende Entwicklungen kennzeichnend:

1. Seit dem Frühsommer steigen die Arbeitslosenzahlen wieder. Gleichzeitig schwächt sich die Zunahme der Zahl der Beschäftigten erheblich ab. Im Herbstgutachten der Forschungsinstitute wurde angenommen, daß die Zahl der Erwerbstätigen am Jahresende 1987 nur noch um 80 000 Personen höher war als ein Jahr zuvor, während Ende 1986 der Vorjahresstand noch um 260 000 Personen übertroffen worden war. Im 1. Vierteljahr 1987 hatte die Zahl der Beschäftigten im Jahresvergleich noch um mehr als 200 000 zugenommen; im 3. Quartal wuchs sie dagegen nur noch um knapp 20 000.
2. Die Beschäftigtenzahl nimmt nur noch im Dienstleistungsbereich zu, im

² Die Daten über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1987 wurden folgenden Berichten entnommen: „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1987“, unter anderem im Wochenbericht des DIW vom 5.11.1987; Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 11/1317; „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik in den Jahren 1987/88“, Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, H. 11/1987.

produzierenden Gewerbe geht sie seit dem Frühsommer zurück. Unerwartet hoch war 1987 die Abnahme in der Bauwirtschaft (um rund 35 000).

3. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 1987 um rund 100 000 auf rund 300 000 an.

4. Die krassen regionalen Unterschiede im Ausmaß der Arbeitslosigkeit verschärfen sich noch. Während die Arbeitslosenquote 1987 (Januar bis Oktober) im Landesarbeitsamtsbezirk Baden-Württemberg 5,1 Prozent betrug, lag sie in den Bezirken Schleswig-Holstein/Hamburg und Niedersachsen/Bremen bei jeweils 11,8 Prozent. Die Spanne zwischen dem Arbeitsamtsbezirk mit der niedrigsten Arbeitslosenquote von 3,6 Prozent und dem Bezirk mit der höchsten Quote von 21,5 Prozent ist enorm weit.³

1987: Sozialproduktzuwachs von 1,5 Prozent

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität war auch 1987 - wie in jedem Jahr seit Beginn der achtziger Jahre, ausgenommen 1986 - stärker gewachsen als das reale Sozialprodukt. Der Produktivitätszuwachs, gemessen an der Produktivität je Erwerbstätigenstunde, betrug knapp zwei Prozent. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm aber nur um 1,5 Prozent zu. Wenn dennoch 1987 etwa ein halbes Prozent mehr Erwerbstätige beschäftigt waren als 1986, dann nur deshalb, weil gleichzeitig die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um fast ein Prozent niedriger war.

Berücksichtigt man die Preisentwicklung, rechnet man also in jeweiligen Preisen, dann ergibt sich, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik - die im Bruttoinlandsprodukt ihren statistischen Ausdruck findet - 1987 erstmals die Marke von zwei Billionen überschritten hat. 1987 wurde ein Bruttoinlandsprodukt im Wert von rund 2 020 Milliarden DM erwirtschaftet, gut 70 Milliarden DM mehr als 1986.

Diese neue Rekordzahl darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir uns in einem konjunkturellen Abschwung befinden. 1986 konnte noch eine reale Zuwachsrate von 2,6 Prozent verzeichnet werden. Der Zuwachs von 1,5 Prozent im Jahre 1987 war der geringste seit 1983, dem Jahr, in dem der Aufschwung aus dem Tal der weltweiten Rezession begann.

Betrachtet man die großen Nachfrageströme in der Volkswirtschaft, dann kann man feststellen, daß im jetzt abgelaufenen Jahr der *private Verbrauch* die wichtigste Konjunktur- und Wachstumsstütze war. Mit einem Anteil von rund 55 Prozent am Bruttosozialprodukt ist der private Verbrauch die bei weitem bedeutendste Nachfragegröße der Volkswirtschaft. 1987 dürfte er, von Preissteigerungen bereinigt, um reichlich 2,5 Prozent größer gewesen sein als 1986; damals betrug allerdings die reale Zuwachsrate 4,3 Prozent.

³ Dieser Bericht wurde am 19. Dezember abgeschlossen. Bis dahin lagen amtliche, meist vorläufige Daten über die Wirtschaftsentwicklung erst bis zu den Monaten Oktober oder November 1987 vor.

Kaufkraft des Arbeitseinkommens stieg um gut 1,5 Prozent

Der private Verbrauch wird zur knappen Hälfte aus den *Nettolöhnen und -gehältern* finanziert. 1987 war die Nettolohn- und -gehaltssumme um etwa 2,5 Prozent größer als 1986. Je beschäftigten Arbeitnehmer stieg das Nettoarbeitseinkommen im Durchschnitt um rund zwei Prozent. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der Verbraucherpreise um 0,4 Prozent ergab sich ein Kaufkraftzuwachs von gut 1,5 Prozent. Damit wird aber erst wieder das reale Nettolohnniveau von 1979 erreicht.

Der Verfall der Erdölpreise, ein starker Rückgang vieler anderer Rohstoffpreise und die rasante Dollarabwertung hatte 1986 bewirkt, daß die Verbraucher in der Bundesrepublik - und die konservative Regierungsmehrheit im Bundestagswahlkampf - in den Genuß eines erstmals seit Anfang der fünfziger Jahre sinkenden *Verbraucherpreisniveaus* - um 0,2 Prozent - kam. Dies war ein einmaliger Vorgang. Inzwischen steigen die Rohstoffpreise wieder, wenn auch sehr verhalten. Im 3. Vierteljahr 1987 lagen sie um 3,5 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 1986, der um 27 Prozent unter dem Niveau des Jahres 1985 gelegen hatte. Die Einfuhrpreise, die in der ersten Jahreshälfte 1987 noch um fast acht Prozent niedriger waren als ein Jahr zuvor, lagen im 2. Halbjahr fast wieder auf der Höhe des Vorjahrsstandes. Diese Entwicklung hat sich auf die Verbraucherpreise ausgewirkt: Nach einem nochmaligen Rückgang um 0,5 Prozent im 1. Quartal 1987 (verglichen mit der gleichen Vorjahreszeit) stieg das Preisniveau wieder an; im 2. Vierteljahr um 0,2 Prozent und im 2. Halbjahr um 0,9 Prozent.

Der Investitionsmotor sprang nicht an

Enttäuschend war 1987 die Investitionstätigkeit; ebenso wie 1986 trafen die hochgesteckten Erwartungen der Bundesregierung nicht ein. Die reale Zuwachsrate der *Ausrüstungsinvestitionen* (Produktionsanlagen, Maschinen, Ausstattungen, Fahrzeuge und so weiter) dürfte 1987 kaum größer als 1986 gewesen sein (+ 4,1 Prozent). Und bei den *Bauinvestitionen* ist sogar ein Einbruch zu verzeichnen. Sie dürften 1987 gegenüber 1986 real um etwa ein bis anderthalb Prozent gesunken sein; 1986 gab es eine Zuwachsrate von 2,4 Prozent. Die meisten Konjunkturbeobachter hatten 1987 ziemlich übereinstimmend eine Zunahme der Bauinvestitionen um drei bis vier Prozent erwartet; ein solcher Anstieg wurde als realistisch angenommen, nachdem sich die Bauwirtschaft gerade erst von ihrer schweren Krise in den Jahren 1982 bis 1985 (1985 zum Beispiel mit einem Minus von 6,2 Prozent) zu erholen begonnen hatte. Am ungünstigsten entwickelte sich der Wohnungsbau; sein Volumen ist um vier bis fünf Prozent unter dem schon niedrigen Niveau des Vorjahrs geblieben. Auch bei öffentlichen Bauinvestitionen war die Tendenz abwärts gerichtet.

Das Exportgeschäft belebte sich wieder

Der Sturz des Dollars ergab, daß die D-Mark im November/Dezember 1987 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um knapp 20 Prozent aufgewertet worden war. Um so erstaunlicher ist es, daß das *Ausfuhrgeschäft* in der zweiten Jahreshälfte 1987 wieder erfolgreicher war als ein Jahr zuvor. Insbesondere konnte die reale Ausfuhr in die EG-Länder gesteigert werden. Im verarbeitenden Gewerbe lag das Volumen der Exportaufträge „um acht Prozent über dem vom Jahresbeginn, die Lieferungen sind diesem Anstieg allerdings deutlich langsamer gefolgt“.⁴ Da die Ausfuhr im 1. Halbjahr in preisbereinigter (realer) Rechnung um 1,3 Prozent niedriger war als ein Jahr zuvor, ist die Warenausfuhr real im Jahresdurchschnitt 1987 etwa ebenso hoch gewesen wie 1986.

Die Aufwertung der D-Mark begünstigt natürlich die *Einfuhren*. 1987 lagen sie real um rund vier Prozent über dem Vorjahrsergebnis. Dennoch wird die Bundesrepublik nach wie vor extrem hohe Überschüsse in den Außenhandels- und Leistungsbilanzen haben. In jeweiligen Preisen gerechnet, hat die Bundesrepublik 1987 für rund 115 Milliarden DM mehr Waren ausgeführt als sie zur gleichen Zeit importierte. Der Überschuß in der *außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz* ist mit rund 80 Milliarden DM etwa ebenso hoch wie 1986 (80,6 Milliarden DM).

Bundesregierung mißachtet Verfassungsauftrag

Soweit das nüchterne gesamtwirtschaftliche Rechenwerk, das die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 1987 widerspiegelt. Daraus ergibt sich eindeutig, daß das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ gestört ist. Indessen sind Bund und Länder gemäß Artikel 109 Absatz 2 und 4 des Grundgesetzes „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ verpflichtet. Gegen diesen Verfassungsauftrag hat die Bundesregierung, wie in den Jahren zuvor, auch 1987 verstoßen. Was unter „gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht“ zu verstehen ist, wird sowohl im „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ vom 14. August 1963 als auch im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 definiert. Im „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ sollen „gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden“ (§ 2 des Gesetzes über den Sachverständigenrat).

Von diesen wirtschaftspolitischen Zielen ist lediglich das der Preisstabilität erreicht worden. Dagegen wurde das Ziel „hoher Beschäftigungsstand“ gar nicht erst angestrebt. Bei einem Überschuß in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz, der knapp vier Prozent des Bruttosozialprodukts ausmacht, ist das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gestört; die Kritik daran ist inzwi-

⁴ Wochenbericht des DIW vom 17.12.1987, S. 664.

sehen weltweit und unüberhörbar geworden. Und schließlich kann das wirtschaftliche Wachstum nicht einmal als „stetig“ und - bei 2,25 Millionen registrierten Arbeitslosen - schon gar nicht als „angemessen“ bewertet werden.

Das Grundrecht auf Menschenwürde ist verletzt

Die Arbeit sei ein „unverzichtbarer Bestandteil menschlicher Würde“ und „jede Situation, die den Menschen von der Arbeit ausschließt, ist unwürdig“, stellte Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch auf der Schachtanlage Prosper-Haniel in Bottrop am 2. Mai 1987 vor Bergleuten fest. Er sprach diese Worte im Sinne der katholischen Soziallehre. Den gleichen Rang nimmt die Arbeit in den Soziallehren der evangelischen Kirchen ein. In der sozialistischen Programmatik ist das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht. Das Recht jedes Menschen auf Arbeit leitet sich demgemäß aus Artikel 1 des Grundgesetzes ab; dort heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dies ist ein Grundrecht, das von keiner noch so großen Parlamentsmehrheit geändert werden kann. Mit diesem Verfassungsauftrag ist die Weigerung der Bundesregierung, die Massenarbeitslosigkeit durch gezielte und ausreichende beschäftigungspolitische Maßnahmen wirksam zu bekämpfen, unvereinbar.

Das gilt im übrigen auch im Hinblick auf zwei weitere Verfassungsvorschriften: Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes schreibt die Verwirklichung der Sozialstaatlichkeit gleichwertig neben der des Demokratiegebots vor. Daß seit Jahren etwa jeder zehnte Arbeitnehmer arbeitslos ist, widerspricht dem Auftrag zur Sozialstaatlichkeit. In Artikel 72 Absatz 2 wird „die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ als bundesstaatliche Aufgabe von verfassungsrechtlichem Rang festgelegt. Wenn die Bundesregierung dieser Aufgabe gewachsen sein will, dann kann sie es nicht hinnehmen, daß in einigen Regionen weit über dem Durchschnitt massenweise Arbeitsplätze vernichtet werden mit der Folge wachsender Armut (wie im Norden und im Ruhrgebiet).

Der 19. Oktober 1987 bedeutet eine Zäsur

Das gravierendste Ereignis der Weltwirtschaft im Jahre 1987 war der internationale Börsenkrach im Oktober. In der Wirtschaftsgeschichte wird der „schwarze Montag“, der 19. Oktober 1987, wahrscheinlich einmal denselben Rang erhalten wie der „scharze Freitag“ vom Oktober 1929. Mit rund 1 000 Milliarden Dollar wurden die Kursverluste allein in den USA bewertet; das ist ungefähr der Wert des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik im vergangenen Jahr.

„Seit Oktober 1987 hat sich die wirtschaftliche Welt verändert. Was bis dahin von vielen als eine nahezu ungebrochene Aufwärtsentwicklung angesehen werden konnte, hat sich als eine Gratwanderung offenbart, deren Risiken erst jetzt voll sichtbar werden“, stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Wochenbericht vom 20. November 1987

fest. Weiter heißt es in dem Beitrag, der die „Wirtschaftspolitik in der Krise“ zum Thema hat: „Es wird immer wieder darauf verwiesen, daß sich die heutige Situation sehr wesentlich von der im Jahre 1929 unterscheidet. Das ist grundsätzlich richtig, jedoch sollte man darüber nicht vergessen, daß die konjunkturelle Situation weltweit auch damals so schlecht nicht war. Zur Katastrophe kam es infolge vielfältiger Fehler der Wirtschaftspolitik. Auch heute ist nicht sicher, daß diese und ähnliche Fehler vermieden werden, im Gegenteil, es gibt viele Anzeichen für solche Fehler.“

Viele prominente Politiker, Ökonomen, Bankiers, Unternehmer, Publizisten in aller Welt beurteilen die Weltwirtschaftslage nach dem Börsenkrach ebenso oder ähnlich. Dabei bereiten die Turbulenzen an den Wertpapiermärkten noch nicht einmal die größten Sorgen, zumal in der Bundesrepublik, in der der Kursverfall nicht so stark war wie in den USA und in der der Anteil der Aktienbesitzer viel niedriger ist. Auf 0,5 Prozent Verlust an realem Wachstum werden die unmittelbaren Folgen des Börsenkrachs geschätzt. Einschneidender ist jedoch der freilich mit der Entwicklung an den Aktienbörsen zusammenhängende - rapide Verfall des Dollarkurses. Immerhin ist der Dollar die Leitwährung der westlichen Welt. Ende 1987 hatte er die Marke von 1,60 DM unterschritten und damit sein bisheriges historisches Tief erreicht; es ist ziemlich sicher, daß sein Kurs weiter sinken wird. Seriöse amerikanische Nationalökonomen schließen einen weiteren Kursrückgang bis auf 1,20 DM nicht aus. Dies ist jedenfalls möglich, wenn Japan und die westeuropäischen Länder, und hier vor allem die Bundesrepublik mit der mächtigsten europäischen Volkswirtschaft, nicht die von ihnen erwartete expansive Wirtschaftspolitik betreiben sollten.

Extreme Defizite und Überschüsse in den Leistungsbilanzen gefährden die Weltwirtschaft

Die Gefährdungen werden hauptsächlich auf die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte zurückgeführt: Einerseits weist die außenwirtschaftliche Leistungsbilanz der USA extrem hohe Defizite aus: 1986 von 141 Milliarden Dollar, 1987 sogar von etwa 160 Milliarden Dollar. Andererseits sind die Leistungsbilanzüberschüsse Japans (1986: 86 Milliarden Dollar) und der Bundesrepublik (1986 und 1987 jeweils gut 80 Milliarden DM) ebenfalls extrem hoch. Auf diese drei Wirtschaftsriesen entfallen immerhin fast 70 Prozent des Sozialprodukts der westlichen Industriestaaten; kein Wunder also, daß ihre weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu Störfaktoren ersten Ranges geworden sind.

Die Konservativen in der Bundesrepublik haben jahrelang die Wirtschafts- und Finanzpolitik Reagans gelobt. Heute fordern sie die Amerikaner auf, ihre Defizite möglichst rasch zu beseitigen. Doch in den USA ist 1988 das Jahr der Präsidentenwahl; kein maßgebender Politiker wird jetzt zu einem Kurswechsel hin zu einer restriktiven Wirtschafts- und Finanzpolitik bereit sein. Eher wird man weitere Kursverluste des Dollars hinnehmen. Und da die USA

die westliche Führungsmacht und der Dollar praktisch die Leitwährung der westlichen Welt sind, ist diese Politik auch durchsetzbar.

Es ist aber auch in unserem Interesse, daß der Abbau der Defizite in den USA *allmählich* erfolgt; ein radikaler Kurswechsel würde wahrscheinlich eine weltweite Rezession zur Folge haben. Um so notwendiger ist es deshalb, daß in der Bundesrepublik wenigstens jetzt eine expansive Politik betrieben wird. Ein Wirtschaftswachstum, das unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten liegt und nur halb so hoch ist wie das der USA, wird der großen weltwirtschaftlichen Verantwortung der Bundesrepublik nicht gerecht. Immerhin ist die Bundesrepublik der größte Exporteur der Welt, und die Mark gehört zu den härtesten Währungen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bundesregierung und Bundesbank ist zum Zielpunkt internationaler, vor allem amerikanischer Kritik geworden. Diese Kritik ist sicherlich oft überzogen, im Kern besteht sie aber leider zu Recht.

Die Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich

Denn: „Die Bundesrepublik hat in besonderem Maße von der expansiven amerikanischen Wirtschaftspolitik profitiert. Es wäre sicherlich für die Weltwirtschaft und für unsere Wirtschaft besser gewesen, wenn die Bundesrepublik die Belebung und Stützung der Konjunktur in der westlichen Welt (nach der Rezession 1981/83) nicht allein den USA überlassen, sondern durch eine expansive Politik dazu beigetragen hätte, daß es in Westeuropa zu einem ähnlich kräftigen Wirtschaftsaufschwung wie in den USA gekommen wäre.“ So hieß es im Bericht zur Wirtschaftsfrage 1985/86.⁵ Damals und in den Jahren danach hat die Bundesregierung Kohl eine einzigartige Chance, die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kräftig abzubauen, nicht genutzt. Die glänzende Entwicklung der Exporte - sie stiegen von 1983 bis 1985 um fast ein Viertel, preisbereinigt immer noch um 15,6 Prozent an - hätte von einer aktiven Beschäftigungspolitik mit starker Anregung der Binnennachfrage begleitet werden müssen. Dies hatte der DGB damals gefordert. Aber die konservativen Wirtschaftsdogmatiker lehnten solche Vorschläge ab; dadurch würden allenfalls „Strohfeuer“ entfacht werden, und sie würden von Leuten kommen, die aus den Fehlern der angeblichen „sozialistischen Mißwirtschaft“ unter Kanzler Helmut Schmidt nichts gelernt hätten, hieß es.⁵

DGB auf der Linie der wirtschaftspolitischen Vernunft

Inzwischen haben sich die beschäftigungspolitischen Vorschläge des DGB für eine große Öffentlichkeit als richtig erwiesen. Eine gleiche oder ähnliche Politik fordern heute auch viele außerhalb des DGB. Die Annahme, daß bei

⁵ G. Pehl, Trotz Aufwärtstrend Massenarbeitslosigkeit - Deutsche Wirtschaft 1985/86, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/85, S. 762.

⁶ Am 26. 11. 1987 berichtete „Die Welt“ über ein Gespräch mit führenden Schweizer Bankiers. Es wurde das Fehlen von Führungspersönlichkeiten beklagt, „die auf der Höhe der Zeit sind“. Wenn Helmut Schmidt heute Kanzler einer Koalition aus CDU und SPD wäre, dann könnte man „wenigstens der Bundesrepublik eine zielbewußte und tatkräftige Politik zutrauen“.

einem damaligen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der Bundesrepublik hin zu einer Stärkung der Binnennachfrage und einer aktiven, gezielten Beschäftigungspolitik die starken aktuellen Gefährdungen der Weltwirtschaft hätten vermieden werden können, hat eine große Wahrscheinlichkeit für sich. Eine solche „Wirtschaftspolitik der Vernunft“ hätte, dessen kann man sicher sein, ein erheblich stärkeres Wachstum, eine lebhaftere Investitionstätigkeit, einen deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit und mehr finanziellen und beschäftigungspolitischen Spielraum zur Lösung von Strukturkrisen, wie bei Kohle und Stahl und im Schiffbau, zum Ergebnis gehabt.

Da ein derartiger Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik jedoch nicht stattfand, rächen sich nunmehr die Versäumnisse der Vergangenheit. Der weltweite Börsenkrach im Oktober 1987 wurde für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zur „Stunde der Wahrheit“. Diese Politik und die ihr zugrundeliegende konservative, einseitig angebotspolitische Ideologie sind gescheitert. Diese These ließe sich ausführlich begründen, dafür fehlt es jedoch hier an Platz. Aber es gibt einige volkswirtschaftliche Schlüsseldaten, die deutlicher als seitenlange Abhandlungen das Scheitern der Bonner Wirtschaftspolitik beweisen.

Die konservative Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat in dogmatischer Einseitigkeit auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ gesetzt. Eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik mit gezielten Maßnahmen wurde und wird entschieden abgelehnt. „Weniger Staat“ ist die Regierungsparole - allerdings nur, soweit es die Unternehmen begünstigt, nicht etwa in den Grundrechten auf Meinungs- und Demonstrationstfreiheit, bei den Rüstungsausgaben und bei der Wehrdienstzeit. Die Sozialleistungen wurden abgebaut, die zivilen Ausgaben, einschließlich der öffentlichen Investitionen rigoros gekürzt. In der Volkswirtschaft soll der Staat vor allem gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen.

Trotz Gewinnexplosion viel mehr Arbeitslose

Diese Rahmenbedingungen waren und sind unter der früheren und der jetzigen Regierung Kohl so gut wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Die (bereinigte) Lohnquote sank von 65,2 Prozent im Jahre 1982 auf 60,8 Prozent 1986 und 1987. Das ist der niedrigste Stand seit 1960! Soziale Schutzrechte der Arbeitnehmer wurden abgebaut, und es wurden große Anstrengungen unternommen, ihre Gewerkschaften zu schwächen. Umgekehrt wurden die Unternehmer steuerlich spürbar entlastet. Die Preise waren stabil. Die Gewinne explodierten:

- Im vergangenen Jahr 1987 waren die *Bruttogewinne* der Produktionsunternehmen⁷ um knapp 70 Prozent höher als 1982, dem Jahr der „Wende“. Die Nettogewinne stiegen wegen der Steuerentlastungen noch stärker, minde-

⁷ Ohne Wohnungsvermietung und ohne finanzielle Unternehmen. Quelle. Deutsche Bundesbank.

stens um 75 Prozent. Das Bruttosozialprodukt stieg im gleichen Fünf-Jahres-Zeitraum nur um 26,5 Prozent und das Volkseinkommen um 28 Prozent.

- Die *Bruttoanlageinvestitionen* der Unternehmen nahmen jedoch von 1982 bis 1987 nur um 18,8 Prozent zu.
- Die Zahl der *beschäftigten Arbeitnehmer* erhöhte sich in den fünf Jahren nur um knapp 0,6 Prozent. Gleichzeitig war die Zahl der registrierten *Arbeitslosen* 1987 um 402 000 (= 22 Prozent) höher als 1982, dem Jahr des Machtwechsels in Bonn.

Damit ist die These der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände, daß steigende Gewinne über gleichermaßen wachsende Investitionen zu erheblich mehr Arbeitsplätzen führen, eindeutig widerlegt. Dennoch will die Bundesregierung ihre zeitlich unpassende „Sparpolitik“ fortsetzen. Sie rechnet es sich als ein „Verdienst“ an, daß die Ausgaben im Bundeshaushalt 1988 weniger steigen sollen als das Sozialprodukt. In Wirklichkeit erhöht die Bundesregierung mit dieser Politik nicht nur die Massenarbeitslosigkeit bei uns - denn Stellenkürzungen oder der Verzicht auf Neueinstellungen bedeuten nichts anderes als mehr Arbeitslose -, sondern auch die Gefahr einer erneuten Weltrezession.

Bonn weigert sich, den Kurs zu ändern

Daran ändert auch nichts die von der Bundesregierung Anfang Dezember beschlossene „Initiative zur Stärkung des Wachstums“, wonach Gemeinden und mittelständische Unternehmen Zinsverbilligungen von 1 bis 1,5 Prozent erhalten sollen. Dies sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, meinte das Mitglied des Sachverständigenrates Prof. Rüdiger Pohl, aber die Förderungsmaßnahmen seien „als deutscher Beitrag für eine international koordinierte Wachstumspolitik nicht ausreichend. Der Einsatz der Bundesregierung ist bescheiden“.⁸ Das ist zurückhaltend ausgedrückt. Denn eigentlich ist es ein Skandal, daß die Bundesregierung

- gleichzeitig die Finanzmittel für Verkehrsinvestitionen der Gemeinden kürzt,
- verantwortlich ist für den enormen Rückgang der öffentlichen Investitionen, die preisbereinigt 1987 um fast 25 Prozent niedriger waren als 1980,
- mit ihren Steuersenkungsplänen den Reichen große Steuergeschenke machen will - rund 60 000 DM jährlich für Millionäre -, und damit zugleich Finanzmittel, die für wirksame Programme zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit notwendig wären, vergeudet.

Bleibt es bei dieser Politik der Bundesregierung, wird sich die Gefahr einer weltweiten Rezession erhöhen. Dann kann es sein, daß selbst die bei Abfassung dieses Berichts letzte Prognose für 1988 noch zu optimistisch ist. Ohnehin waren alle vorher gegebenen Prognosen für das neue Jahr mit vielen Unsicherheiten behaftet und kaum noch realistisch. Je mehr sich der Abgabe-

⁸ „Die Zeit“ vom 11.12.1987, S. 29.

termin der Prognosen dem Jahresende 1987 näherte, um so ungünstiger wurden sie.

1988 weniger als ein Prozent Wirtschaftswachstum?

Die letzte, Mitte Dezember abgegebene Voraussage für 1988 war die des - dem Bundesverband der Industrie nahestehenden - Instituts der Wirtschaft (IW).⁹ Ausgerechnet dieses Institut sieht die Zukunft am dunkelsten - aber sicherlich realistisch, solange die Bundesregierung sich nicht zu einem entschiedenen Kurswechsel in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik entschließt. Das IW erwartet für 1988 ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von lediglich 0,8 Prozent. Die Ausgaben für neue Ausrüstungsinvestitionen würden sich nur noch um ein Prozent erhöhen, die für Bauten blieben sogar unverändert. Der private Verbrauch bleibe einzige Konjunkturstütze und steige real um 2,5 Prozent. Erstmals seit 1983 werde die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wieder - um rund 80 000 - zurückgehen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen werde dagegen um rund 125 000 auf 2,36 Millionen Personen steigen.

⁹ iw-trend, H. 4/87.